

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags zu einem... Der Bezugspreis beträgt bei freier Abholung im Haus für...

Die achtspaltige Nonpareilgröße oder deren Raum kostet 5.— M. einschließlich... Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Amerikas Antwort an Deutschland

Ablehnung der deutschen Vorschläge

Neuer meldet aus Washington: Staatssekretär Hughes teilte dem Reichsminister Dr. Simons in einer am Montag...

Anmerkung des WTB: Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist die amerikanische Antwort hier noch nicht eingetroffen.

Für jeden nüchternen Beurteiler der gegenwärtigen Lage mußte es absolut klar sein, daß die amerikanische Antwort kaum anders lauten konnte...

Keine neue Note Deutschlands an Amerika

12. Washington, 2. Mai.

Von zuständiger Seite wird erklärt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Deutschland keine weitere Note erhalten habe.

Dem Vertreter des „United Telegraph“ wird bestätigt, daß Staatssekretär Hughes gegenüber dem französischen Botschafter...

Vor dem Ultimatum

Paris, 3. Mai.

Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ in London erzählt, daß die Alliierten sich gestern nachmittag über die wesentlichen Bestimmungen der Entschädigung geeinigt haben...

Deutschland wird noch vor dem 13. Mai seine vorbehaltlose Annahme der Bedingungen zu erkennen geben können.

Die Sachverständigen der Alliierten sind am Abend zusammengetreten, um sich über den Vorschlag der französischen Delegation zu einigen...

Der neue Zahlungsmodus

London, 2. Mai. (Reuter.)

Die Beratungen des Obersten Rates waren vollkommen freundschaftlich, und ein tatsächliches Übereinkommen in der Frage der Bedingungen, die Deutschland vorgelegt werden sollen, wurde erreicht.

weiterer Bonds zu fordern, um den durch die hundert Millionen Pfund und die 25 Prozent der Abgabe hervorgerufenen Ueberschuß auszugleichen.

Noch nicht einig

CC. Paris, 3. Mai.

Bezüglich der Zahlungsmodalitäten und Fristen scheinen sich die Alliierten noch nicht einig zu sein. Der sogenannten „Garantiekommission“ in Berlin widersteht sich England...

Die Einigung „beinahe“ hergestellt

Paris, 2. Mai.

Der Londoner Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ meldet: Die Sitzung des Obersten Rates war erst kurz vor 9 Uhr abends beendet.

Bei der Rückkehr in sein Hotel erklärte Briand den Vertretern der Presse: Die Einigung ist beinahe hergestellt.

Londoner Presseäußerungen

Betonung der Einigkeit der Alliierten — Scharfe Abfagen an Frankreich

London, 2. Mai.

„Fall Mall and Globe“ schreibt, wenn Deutschland sich weiter „hartnäckig“ zeigt, so müßten endgültige Maßnahmen getroffen werden, um die deutschen Werte unter die Kontrolle seiner Gläubiger zu bringen.

„Evening News“ erklärt: „Deutschland muß abhürten, Deutschland muß zahlen!“

„Star“ meint, die Tatsache, daß die Alliierten übereingekommen seien, Deutschland eine siebenstägige Frist zu gewähren, lasse hoffen, daß noch im letzten Augenblick die unbefohlene Politik Frankreichs zum Stehen gebracht und Europa vor einem neuen Verbrechen bewahrt werde.

„Westminster Gazette“ schreibt, Europa brauche vor allem eine reine Lösung, die es ihm ermögliche, an die Arbeit zu gehen in der Sicherheit, daß keine Kriege und keine neuen militärischen Operationen mehr kommen.

Der Nachfolger des Abgeordneten Gebhard, für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Gebhard von der Deutschen Volkspartei wird der Bauernblinder Heinrich Janson, Bürgermeister in Albstadt i. Würt., in den Reichstag einzutreten.

Der preussische Staatsrat, der am 6. M. zu seiner konstituierenden Sitzung in Berlin zusammentritt, wird sich auch sofort mit gesetzgeberischen Arbeiten beschäftigen.

Die Bezirkswirtschaftsräte

Zur Bildung der Bezirkswirtschaftsräte nach Artikel 165 der Verfassung liegen seit geraumer Zeit zwei Gesetzesentwürfe der Regierung vor, die Gegenstand einer eingehenden Besprechung in den zunächst interessierten Kreisen sind.

In diesem stillen Ringen um die Gestaltung der Bezirkswirtschaftsräte wird der ganze tiefe Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit offenbar. Das Unternehmertum setzt alles daran, die bisherigen Institutionen wirtschaftlicher Verwaltungstätigkeit, die Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, die unverfälschte Vertretungskörper der Unternehmerinteressen waren, zu erhalten.

Die Arbeiterschaft dagegen hat ein Interesse daran, mit diesen Gewohnheiten zu brechen, und in Zukunft nach grundförmlich anderen Methoden zu verfahren. Die in der Verfassung vorgesehenen wirtschaftlichen Verwaltungskörper, zu denen die Bezirkswirtschaftsräte gehören, haben für die Arbeiterschaft nur dann einen Sinn, wenn in ihnen von vornherein gemeinwirtschaftlicher Geist im unverfälschten Sinne des Wortes vorherrscht.

Das Korrespondenzblatt des A. D. G. B. untersucht in seiner letzten Nummer die Frage in einem ausführlichen Artikel. Das Blatt kommt nach einer Darstellung der wichtigsten Vorschläge und der Auseinandersetzung über sie zu folgendem Ergebnis:

Wir haben zu fordern, das die Bezirkswirtschaftsräte herausgehen aus Umwahlen der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter und daß diese Arbeitnehmervertreter wie auch die Arbeitgebervertreter sowohl für sich gesondert tagen, als auch beide gemeinsam in Sitzungen vereinigen können.

Wir können uns dieser Auffassung im allgemeinen anschließen und sprechen die Erwartung aus, daß sich der A. D. G. B. der hier aufgestellten Forderung als Mindestforderung anschließt. Gerade auf diesem Gebiete wäre es ungemünz gefährlich, wollte sich die Arbeiterschaft auf Kompromisse einlassen, aus denen Bezirkswirtschaftsräte hervorgehen, die in ihrem Aufbau einer Kulisse gleichen.

Dieber keine Bezirkswirtschaftsräte, als solche, in denen die Vertreter der Arbeiter und Angestellten die Deckung markieren, hinter der die Profitgier ihr gewohntes Treiben fortsetzt. Solange nicht feststeht, ob diese bescheidenen Grundforderungen, etwa nach Formulierung des „Korrespondenzblattes“, erfüllt werden, lohnt es nicht, die Einzelheiten der Frage und alle Anregungen dazu eingehender zu erörtern.

Freigabe der Milchwirtschaft

Im „Reichsanzeiger“ ist jetzt die schon lange angekündigte Verordnung über die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Milch veröffentlicht worden. Danach werden alle Bestimmungen über die Erzeugung der Milch beim Erzeuger sowie alle einschränkende Anordnungen über die Verarbeitung von Kuhmilch oder Butter aufgehoben. Ebenso sind alle Regelungen fortgefallen, die den Gemeinden bestimmte Mengen von Milch zwangsweise sichern. Stehengeblieben ist lediglich das Recht der Gemeinden, in ihrem Bezirk den Milchhandel zu konfiszieren und anzuordnen, daß die Milch nur an bestimmte milchbedürftige Gruppen der Bevölkerung rationsmäßig abgegeben werden darf.

Die Lieferungsverträge, die in dieser Verordnung vorgesehen sind, sind praktisch bedeutungslos. Den meisten Gemeinden ist es nicht gelungen, durch Lieferungsverträge auch nur annähernd den Teil der Milchlieferung zu gewinnen, den sie zur Sicherstellung des dringenden Notbedarfs für ihre Bevölkerung brauchen. Diese Erscheinung ist leicht zu erklären. Nachdem die Zwangswirtschaft in ihrer Wurzel angefaßt ist, denken die Landwirte nicht daran, sich durch Lieferungsverträge neue Fesseln anlegen zu lassen. Ihr Wunsch ist die Steigerung der Preise. Dieses Ziel werden sie erreichen. Der Preis für die Milch in der Stadt wird vom 1. Juni ab wesentlich heraufschneiden, und der Rückgang des Verbrauchs, der schon bisher außerordentlich gefährliche Wirkungen gezeitigt hat, wird überaus stark zunehmen. Welche Folgerungen sich daraus ergeben, und welche Maßnahmen die Gemeinden zu ergreifen haben werden, wird noch näher darzulegen sein. Für heute möge die Bemerkung genügen, daß hier wiederum ein Stück Wirtschaftspolitik vorliegt, das die Notlage der Massen ungeheuer zu steigern geeignet ist.

Ein überflüssiger Protest

Nach einer Wolffmeldung haben die oberschlesischen Vertreter der freien Gewerkschaften, der Kirch-Dunderschen und der christlichen Organisationen ein Telegramm an das Generalsekretariat und den Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam gerichtet, worin gesagt wird, daß der am Montag in Oberschlesien ausgebrochene Streik von polnischen Agitatoren verursacht worden sei, um die Welt glauben zu machen, daß eine Volkserhebung für den Anschluß Oberschlesiens an Polen entstanden sei. Dieser Streik sei gegen den Willen des größten Teiles der Arbeiter unter Ausschließung unwesentlicher wirtschaftlicher Forderungen und nur unter Anwendung von brutaler Gewalt möglich gewesen. Falls dieser Täuschungsversuch Erfolg haben sollte, sei zu befürchten, daß die deutschgesinnte Arbeiterschaft allen unseren Abmachungen zum Trotz sich nicht länger durch eine Minderheit terrorisieren lassen wird und dadurch die schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen Oberschlesiens nicht erspart bleiben können. Es wird zum Schluß gebeten, diese Nachricht allen maßgebenden Stellen sogleich zu übermitteln und nichts zu unterlassen, um das polnische Täuschungsmanöver zu vereiteln. Unser Wunsch, gemeinsam mit den Polen eine glückliche Lösung dieses wilden Streiks herbeizuführen, ist bisher nicht von Erfolg gewesen.

Den Vertretern der freien Gewerkschaften in Oberschlesien ist bisher schon, und nicht mit Unrecht, zum Vorwurf gemacht worden, daß sie sich für nationalitätliche Zwecke mißbrauchen ließen. Statt in der Abstimmungsfrage allein den profes-

tarischen und sozialistischen Standpunkt zu betonen, haben sie sich ins Schlepptau der deutschen Bourgeoisie nehmen lassen. Bei dieser neuen Gelegenheit geben sie den Namen der freien Gewerkschaften her, damit sich hinter ihm die nationalitätlichen Treibereien, die auf deutscher Seite mindestens ebenso stark sind wie auf polnischer, verbergen können. Was haben die christlichen und Kirch-Dunderschen Gewerkschaften mit der gewerkschaftlichen Internationale zu schaffen? Verbrüderungsaktionen von dieser Art sind nur geeignet, den Gedanken der internationalen Arbeiterolidarität zu diskreditieren.

Jetzt ist es zu spät, darüber zu jammern, daß die nationalitätliche Hehe in Oberschlesien von neuem beginnt und das Land wiederum in eine schwere Krise zu werfen droht. Monatlang war Zeit und Gelegenheit, um eine Vertändigung mit den Polen über die oberschlesische Frage in die Wege zu leiten. Nichts ist geschehen. Und alle die schlimmen Folgen, die jeder Spruch der Entente verursachen muß, werden jetzt eintreten. Aufgabe der deutschen Gewerkschaften in Oberschlesien ist nunmehr, nicht sich mit den deutschen Nationalisten zu verbinden, sondern alle Mittel zu versuchen, um auch jetzt noch die Austragung der nationalitätlichen Gegensätze in den Reihen der Arbeiter zu verhindern.

Die „Akademie der Arbeit“

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Frankfurt, 2. Mai.

Die Frankfurter Akademie der Arbeit wurde heute vormittag von der Senkenbergischen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft eröffnet. Das „Volkrecht“ begrüßt die Idee der Akademie und erklärt, daß sehr viel für die Arbeiterschaft davon abhängt, ob ein Institut des Kapitalismus oder eine wirkliche Akademie der Arbeit entsteht. Die Eröffnungsfeier fiel recht unglücklich aus, da in den offiziellen Ansprachen, die nach genauer Mandarinen-Ordnung vor sich ging, hauptsächlich von Harmonie, sozialem Frieden und der heiligen deutschen Wissenschaft die Rede war. Als der Vertreter der freien Gewerkschaften, Thomas, das Wort „Unversitätsreform“ auch nur erwähnte, entstand abbrechende Heiterkeit bei den anwesenden Universitätsgelehrten. Das Wort „Kommunismus“ wurde überhaupt nicht gebraucht. Der neue preussische Kultusminister Becker eröffnete den Reigen der Redner mit einigen unbedeutenden Worten, in denen er erklärte, daß die neue preussische Regierung im Geiste der alten arbeiten werde. Der Frankfurter Oberbürgermeister Voigt brachte die Ueberbrückung der Gegensätze an und der Rektor der Universität forderte die Uebertragung des Angehies der Universität auf die Akademie. Der Gewerkschaftsvertreter Thomas nannte die Akademie eine Art Spitzkultur für die Volkshilfsunternehmungen. Sollte sich auf diesem Wege der Sozialismus eher verwirklichen lassen und sollte man auf diesem Wege eher zur Wahrheit kommen, so sei das weder für den Sozialismus noch für die Wahrheit eine Schande. Ein Vertreter der Christlichen sprach von Pflicht und Verantwortungsgefühl. Der Leiter der neuen Akademie, Dr. Rosenfeld, bewies in einer geschickten Ansprache psychologisches Verständnis für die Arbeiterschaft, ohne freilich die Harmonieziele des Instituts zu verbergen. Privatdozent Baum zeigte schließlich eine Sammlung von Darstellungen des grauen Altertums bis zum Mittelalter. Diese Sammlung soll später zu einem Museum der Akademie umgestaltet werden.

Schwindel

Der „Vorwärts“ sowie die ganze rechtssozialistische Provinzpresse brachten in auffälliger Aufmachung die Nachricht, daß die ganze Ortsgruppe Wattenscheid der U. S. P. D. im Kreise Gelsenkirchen, zu den Reichssozialisten übergetreten sei. Wir stellen demgegenüber fest, daß in der von den Rechtssozialisten einberufenen fraglichen Versammlung nur zwei Mitglieder der U. S. P. D. und der Kreisleiter als Zuhörer anwesend waren. Der Kreisleiter, Genosse Reppert, Gelsenkirchen, stellte in der fraglichen Versammlung sofort fest, daß nur zwei Mitglieder, und zwar die Genossen Grimberg und Kuhl von der U. S. P. D. anwesend und bereit waren, da sie geschäftliche Beziehungen zu einflussreichen Rechtssozialisten in Wattenscheid haben, überzutreten. Aus den zwei Mann macht der „Vorwärts“ und die rechtssozialistische Provinzpresse eine ganze Ortsgruppe. Es ist nicht das erste Mal, daß die Rechtssozialisten einen derartigen Schwindel in die Welt setzen.

Professor Jaffé gestorben

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus München: Der bekannte volkswirtschaftliche Professor Edgar Jaffé ist im Alter von 55 Jahren in einer Heilanstalt in der Nähe Münchens gestorben.

Professor Jaffé ist in nationalökonomischen Kreisen als Mitherausgeber des „Archivs für Sozialwissenschaften“ bekannt. Er hat auch ein wertvolles Buch über die englischen Bankverhältnisse geschrieben. Schon während des Krieges befasste er die Notwendigkeit, zu einer im sozialistischen Sinn organisierten Wirtschaftsweise zu gelangen. In der ersten Revolutionsregierung Bayerns wurde er Finanzminister, vorwiegend auf Betreiben Eisners. Als solcher stellte er seine Kraft der Arbeiterschaft restlos zur Verfügung, ohne Sozialist im Parteilossein zu sein. Die Arbeiterschaft verlor in ihm einen warmen Freund und Helfer in kritischen Zeiten.

Die belgischen Sozialisten und die Sanktionen

Nunmehr liegt der Wortlaut der Entschliessung vor, die der Generalkongress der belgischen sozialistischen Partei in der Frage der Sanktionen gefaßt hat. Er lautet:

Die Zeitung wünscht wie stets in Uebereinstimmung mit der internationalen Organisation zu handeln, aber jetzt ist sie sich darüber einig, daß es dringender geboten ist, daß Deutschland soweit wie möglich sich den Resolutionen in Amsterdam vom April dieses Jahres anschließt und diese zur Ausführung zu bringen versucht. Die Zeitung erklärt, daß das jüngste Angebot Deutschlands vollkommen unbefriedigend ist und bedauert, daß die deutschen Arbeiter noch kein Mittel gefunden haben, um ihrer Regierung einen geländerten Begriff der Lage beizubringen. Die Zeitung drückt ihren Widerwillen gegen neue Sanktionen militärischer Art aus, die immer gefährlicher, wahrscheinlich aber unsicherer sind.

Die Ministerkrisis ist vorläufig vertagt, da erst der Beschluß des Obersten Rates abgewartet werden soll. Am Donnerstag soll dann eine erneute Sitzung stattfinden.

Die 50 prozentige Ausfuhrabgabe

London, 2. Mai.

Im Unterhause sagte der Präsident des Handelsamtes in Erwiderung auf eine Anfrage, er sei nicht in der Lage, zu erklären, wann der Gesetzentwurf über die 50prozentige Abgabe auf die deutsche Einfuhr in England zur Anwendung gebracht werde. Er wolle auch nicht, wenn Italien ein gleiches Geheiß annehmen werde. Auf eine Frage, ob die englische Regierung das Geheiß nicht eher anwenden werde, als bis es in den anderen Ländern der Alliierten in Kraft getreten sei, antwortete der Präsident des Handelsamtes, daß er eine Erklärung hierüber nicht abgeben könne.

Der Bankrott der dritten Internationale. Wie uns aus Prag gebracht wird, beginnt auch in der Tschechoslowakei die Spaltung in den kommunistischen Parteien. Die tschechischen Kommunisten haben die zwei leitenden Redakteure des „Kude Prave“ wegen Unverlässlichkeit aus der Partei ausgeschlossen. Die Kommunisten, die hier über die Klänge der „Reinigung“ springen, sind Gegner der neuen Putschtaktik des kleinen Walter Stöcker. So wirken sich die Vorgänge in der U. S. P. D. international aus, so bedeuten sie das Ende nicht nur der deutschen Partei, sondern der ganzen Moskauer Herrlichkeit in Westeuropa. Wir wiederholen: Die Toten reiten schnell, sehr schnell! Auch aus der deutschen Kommunisten-Partei in Böhmen sind alle Anhänger Dr. Levis und der Reichsberger Kommunistenführer Dr. Hahn ausgestiegen.

Wegen unrichtiger Angaben in der Steuererklärung wurde in Salzburg der Bankier Bacharach zu einer Geldstrafe von 332 550 M. verurteilt.

Das endgültige Resultat der russischen Sowjet-Wahlen. Die Sowjet-Wahlen sind beendet. Gewählt wurden 1660 Sowjet-Abgeordnete, darunter 1400 Kommunisten, 363 Parteiloje, 30 Angehörige verschiedener Parteien.

Im Spiegel des Auslandes

Drei Briefe über Deutschland

Die furchtbare Katastrophe, vor der Deutschland steht, kann nicht ganz begriffen werden, solange weite Kreise des Volkes sich noch immer keine rechte Vorstellung davon machen, wie das Tun und Lassen Deutschlands im Ausland beurteilt wird. Wir wollen hier die politische Frage der Ententeforderungen gar nicht erörtern, nur durch den Abdruck der folgenden Briefe zeigen, wie das Ausland über uns denkt. Das Bild ist schrecklich. Aber es ist die Pflicht der Presse, es zu zeigen. Die Briefe, die wir dem letzten Heft der „Zukunft“ entnehmen, kamen im April in Deutschland an.

Aus Südafrika schreibt eine Deutsche: „Erst auf der Fahrt durch Frankreich lernte ich erkennen, wie Entsetzliches die Seele dieses Volkes gelitten hat. Beim Anblick der zerstörten Städte, verwüsteten Fluren ihrer Heimat schluchzten, neben mir im Eisenbahnwagen, reise Männer und Greise. Weinende Sieger! Nirgends fand ich eine Spur triumphierender Glückseligkeit. Doppelt schämte ich mich selbstem der Landstrolche, die das Leben vergnügter Bankrotteure führen. Die schlimmsten Greuel des Krieges blieben unserem Deutschland erspart. Mit Fahnen, Glockengeläut, Siegesfanfaren wurde es, das niemals Kriegsschauplatz war, in einem Rausch gefeiert, den es noch heute nicht als ein Produkt des Truges erkennen will. Sonst läßen wir nicht so oft von „Märschen Huldigung“, die den Heerführern, den Vorkämpfern des Krieges, dargebracht wird. Glaubst unser Vaterland, den Folgen der Katastrophe zu entfliehen, mit leichterer Leidensbürde davonkommen zu können als die Sieger? Die Welt traut ihm diesen häßlichen Wunsch zu; und daß man so von uns denkt, empfinden wir Deutsche im Ausland wie Schande. Doch wir können und wollen nicht zweifeln, daß in der alten Heimat viele leben, die Unrechtsfahung als Ehrenpflicht empfinden und, statt sich unter allerlei fauler Ausrede von der Schuldenzahlung wegzubriden, auf materielle Genüsse verzichten. Sprächen sie nur lauter und sorgten für die Anprangerung der Schleiher, Prasser, Schmarotzer! Wir sogar, weitab von Europa, tun gern alles zur Vinderung des vom Krieg bewirkten Elends Mögliche; in jeder Woche wird in Johannesburg und anderswo für diesen Zweck gesammelt. Was aber sollen wir antworten, wenn auf Deutschlands barchliche und monarchistische Ausschweifung hingewiesen wird und den Berichten über Luxusfälle, Sektverbraucht, Millionenverschwendung für Land und Wallerei die Behauptung folgt, der Schuldner sei zu arm, um den Gläubiger zu befriedigen? Ehe dieser unpahthafte, unwürdige „Betrieb“ nicht endet, kann auf der Erde nicht wieder Freundschaft für

Deutschland erblihen. Endet er, dann wird auch das deutsche Kind noch viel mehr Helfer finden als bisher.“

Aus Südafrika: „Private Wohlthätigkeit hat im Jahre 1920 aus Großbritannien 20 Millionen Pfund, fast 17 in barem Geld, nach Deutschland geschickt; und das Sammelwerk wird mit unermüdlichem Eifer auch in diesem Jahre weiter gefördert. Bei Ihnen spricht man nicht davon. Selbst die ungeheure Leistung amerikanischer und britischer Quäker, ohne die unübersehbare Kindersterblichkeit und ganze Heere Erwachsener verhungert wären, wird nur selten erwähnt. In das Lied vom Vernichtungswillen des Feindbundes“ würden solche Klänge nicht passen. Wir kontrollieren hier sehr genau, was in Deutschland geschieht. Das ist „zu arm“, um ein Kriegserntehaus, sogar, um das Frankfurter Goethehaus zu erhalten. Läßt aber „Kannst du“ fahren, speist den Totalitar mit Millionenhaufen und verkauft in einem Jahre 17 Milliarden. Was tut es für seine Kinder, von denen, wie wir haben, viele Tausende, Zehntausende, kein Hund auf den Leib haben und sich deshalb schämen, zum Arzt zu gehen, der prüfen soll, ob sie der Erhaltung in Ferienkolonien bedürfen? Gesamtresultat der „Deutschen Kinderhilfe“ nach allem Teara und Tamtam: 50 Millionen Papiermark. Wieweil davon die Verwaltung, die „Organisation“ aufgestossen hat, oder noch ausfließt, wird nicht gesagt. Uns scheint der Ertrag mager. Konnte Kommern, mit seinen reichen Gutsbesitzern, nicht mehr als eine halbe, Westfalen nicht mehr als anderthalb Millionen aufbringen? Aus Hamburg kamen zwei, aus Berlin, der Schlemmerhölle, nicht einmal 11 Millionen. Bevor eine Mark an den Entschädigungsausschuß der Siegermächte gezahlt war. Für Autos, Schamwein, Tolleiten, Tabak, Mäuschen, und andere Vergnügen fließt der Querschnitt im breiteren Fett. Gibt es denn höheren, heiligeren Wert, als das Kind, die Zukunft der Nation? Daß Ihre Landsleute für fremde Kinder, die aus Nordfrankreich oder wenigstens aus dem halberverhungerten Etrol, nichts übrig haben, begreifen wir allenfalls noch. Wähten immerhin erwähnen, daß aus Strahburg ein französischer Offizier ein Kind Oesterreichs zu Pflege einlud, Pariser Sozialisten den Kindern der Stadt Essen eine hübsche Summe spendeten und solcher Vorgang durchaus nicht vereinzelt ist. Bilden sich aber die Leute, denen der Krieg, das Hindenburgprogramm, die „Resolution“ und Verwesungswirtschaft Papiergeldberge häufte, etwa ein, durch Almosen die dem deutschen Kinde schuldicke Pflicht erfüllt zu haben? Was gab der Kaiser, dessen nach Holland gebrachter Silberhoh allein hundert Millionen wert ist, was die Kaiserin, die auf dem Paradebett als eine Heilige, von der Demokratenpartei selbst als Märtyrerin der Nächstenliebe dargestellt wurde, was die Schar der Könige, Groß- und Kleinherrn, Fürsten, Grafen, Industriellen und Finanzkapitäne? Uns magnt das Sprichwort, Wohltat müsse im eigenen

Heim beginnen; dennoch haben wir, die wir fünfviertel Millionen Arbeitslose, also auch Not genug im eigenen Lande haben, gern für Deutschlands und Oesterreichs darbende Jugend unser Scherflein gegeben; und diese Millionen wurden nicht auf Wäßen und Schleckerfesten erkögelt. Kann sich Deutschland denn gar nicht gewöhnen, auch draußen das Gute, auch zu Hause das Schlechte zu sehen? Wir möchten uns ihm, nicht nur seinen Kindern, in Freundschaft stellen. Das ist aber so lange unmöglich, als es nur schimpft und wimmert, verschwendet und über Armut höhnt, jeder Aufforderung zu gerechter Sühne mit kränkendem Hohn und Fluchen antwortet, allen Racheversuchen zuschaut und das Hoffen auf Entmilitarisierung seiner Seele immer wieder enttäuscht.“

Aus Minnesota: „Als ein Amerikaner, der sein Land von der atlantischen bis zur pazifischen Küste gründlich kennt, sage ich Ihnen in aller Aufrichtigkeit, daß die Deutschen, die ihr Vaterland, trotzdem sie ihm den Rücken gefehrt haben, hier durch Dick und Dünn verherzlichen, der deutschen Sache nur Schaden, und daß Frankreich, wenn es nicht entschädigt oder wieder überfallen würde, auf unserem Erdteil eine Armee freiwilliger Mitkämpfer fände. Bedenken die Deutschen denn nicht, wie viele Amerikaner mit eigenen Augen die teuflische, für den Kriegszweck wertlose Verwüstung der französischen Industrie- und Pflanzbezirke gesehen haben? Was der Engländer Keynes, Liberale vom Schlag des Herrn Billard und Bindestrich-Amerikaner schreiben und reden, macht in unserer öffentlichen Meinung keinen Eindruck. Der Glaube an Wandlung des deutschen Geistes ist schnell verfliegen. Wenn Deutschland auf dem alten Weg bleibt, entweder droht oder übt, zu jeder Katastrophe, wie der faule Schuldner, erst nach langem Sträuben nötigen läßt, die Gläubiger schmäh, sein Unglück, das doch keines Fremden Werk ist, bejammert und dabei wie ein Rasob wirtschaftet, wird keine Hand sich regen, es vor dem Zusammenbruch seiner Gewerbe und Finanzen zu bewahren. Wenn es die Würde des reinen Herzens nicht und weder von getönten noch von ungekrönten Schwindlern sich aus den Geboten der Sittlichkeit verleiten läßt, wird ihm Amerikas Volk nicht nur mit ermutigenden Portien, sondern auch mit Helfertat beistehen. Aber niemals, ehe Politik und Presse sich von Grund aus geändert haben.“

Maifeier der Arbeiterbildungsschule. Am Vorabend des 1. Mai las in der Festhalle das Stadthaus Alfred Beierle Tollers neues Drama: „Die Lubbiten“ vor. Die Zuhörer wurden in die Zeit von 1820 zurückversetzt. Die Wälsche hat ihren Siegeszug begonnen, auch in Nottingham hat eine Ausstellung gefunden. Die Weber, in furchtbarstem Elend ihrer Tage stehend, machen die Wälsche für ihre Not verantwortlich und fordern ungehört ihre Entlohnung. Und als Streik, Wälsche

